

Auszug aus dem Protokoll des Stadtrates von Zürich

vom 4. November 1998

1874. Interpellation von Ronald Schmid zur Wanderausstellung «Geschichte für die Zukunft», Zusammenarbeit mit der Stadt. Am 29. April 1998 reichte Gemeinderat Ronald Schmid (FDP) folgende Interpellation GR Nr. 98/124 ein:

Vom 8. bis 13. April 1998 wurde im Innenhof des Landesmuseums die Wanderausstellung «Geschichte für die Zukunft» (150 Jahre Bundesstaat) in sechs Postautos gezeigt. Diese Ausstellung wurde den Anforderungen an lebendige Geschichtsdarstellung und gute Geschichtsvermittlung vollaufgerecht und erhielt von den Besuchern gute Kritiken.

Der Stadtrat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Hat das Präsidialdepartement überhaupt Interesse an der Geschichte des Bundes?

2. Weshalb konnte oder wollte das Präsidialamt dem Vernehmen nach dem Bund keinen geeigneten Standort auf städtischem Boden zuweisen (z. B. Stadthausanlage oder Helvetiaplatz)?

3. Hätte das Präsidialamt auf die Ausstellung verzichtet, wenn von den Organisatoren nicht die Notlösung auf Bundesboden gefunden worden wäre?

Auf den Antrag des Stadtpräsidenten beantwortet der Stadtrat die Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1: Ja. Wie der Interpellant offensichtlich nicht weiss, befasste sich der Stadtrat aufgrund einer Schriftlichen Anfrage von Gemeinderat Peter Stähli-Barth bereits im April 1996 mit den anstehenden Jubiläumsfeierlichkeiten. Dabei wurde festgehalten, dass die Stadt Zürich ihre Projekte sowohl mit dem Bund als auch mit dem Kanton koordinieren werde. Insbesondere wurde darauf hingewiesen, dass eine Arbeitsgruppe eingesetzt werde, in der sowohl die Abteilung Kulturförderung des Kantons als auch das Präsidialdepartement vertreten sei. Auf den Antrag dieser Arbeitsgruppe beantragte in der Folge der Regierungsrat dem Kantonsrat einen Kredit von rund 1,7 Mio. Franken aus dem Lotteriefonds für die Durchführung der Jubiläumsfeierlichkeiten. Parallel dazu ersuchte der Stadtrat im Sommer 1997 im Rahmen der Nachtragskredite um einen Kredit von Fr. 400 000.– zur Realisierung diverser Projekte. Darunter war auch ein Betrag von Fr. 150 000.– für die Produktion der Ausstellung «Swiss, made – Ein Land im Austausch mit der Welt», die vom 5. Juni bis zum 23. August 1998 im Helmhaus und im Strauhof gezeigt wurde. Die Ausstellung thematisierte den politischen und «kulturellen» Stoffwechsel, an dem die Schweiz seit 1798 teilhat, der sie geprägt hat auf vielen Gebieten und mit dem die Schweiz ihrerseits viele Länder über ihre Grenzen hinweg beeinflusst hat.

Zu den Fragen 2 und 3: Mit einem Rundschreiben der Parlamentsdienste des Bundes vom 10. Januar 1997 an alle Stadtpräsidentinnen und Stadtpräsidenten bzw. Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten wurde darauf hingewiesen, dass die Parlamentsdienste zusammen mit der Bundeskanzlei, dem Bundesgericht und dem Bundesarchiv eine Ausstellung im Parlamentsgebäude zum Thema «Geschichte für die Zukunft» planten. Teile dieser Ausstellung sollten mit Postautos vor und nach der Ausstellung in Bern in diversen Städten und Gemeinden gezeigt werden. Die Empfängerinnen und Empfänger dieses Schreibens wurden eingeladen, mittels

Fragebogen ihr allfälliges Interesse an der Übernahme dieser Ausstellung zu bekunden.

Besagtes Schreiben wurde im Rahmen der erwähnten Arbeitsgruppe diskutiert. Da mitgeteilt worden war, dass die Ausstellung in jedem Kanton nur an einem Ort gezeigt werden könne, schlugen Stadt und Kanton angesichts der bereits zahlreichen Zürcher Projekte vor, die Wanderausstellung nicht auch noch in der Stadt Zürich zu zeigen, sondern an einem anderen Ort im Kanton, in welchem noch keine Projekte für die Jubiläumsfeierlichkeiten bestanden. Der Vorschlag wurde von der Arbeitsgruppe einhellig angenommen, worauf am 29. Januar 1997 an die Parlamentsdienste geschrieben wurde:

(...) Wir haben Ihr Angebot diskutiert und sind zum Schluss gekommen, dass wir angesichts der Vielzahl von Aktivitäten, die im Jubeljahr in Zürich stattfinden werden, von einer Übernahme der Wanderausstellung absehen möchten und es vorzögen, wenn das Projekt in einer anderen Stadt oder Gemeinde des Kantons gezeigt werden könnte. (...).

Nach diesem Schreiben hörte das Präsidialdepartement von seiten der Parlamentsdienste bis zur Eröffnung der Ausstellung im Innenhof des Landesmuseums nichts mehr. Weder wurde der Empfang des Schreibens bestätigt noch wurde das Präsidialdepartement in irgendeiner Weise ersucht, einen Platz für die Wanderausstellung zur Verfügung zu stellen. Somit kann keine Rede davon sein, dass die Stadt Zürich einen geeigneten Standort verweigert hätte.

Hätte die Arbeitsgruppe auch nur einen Fingerzeig von seiten der Parlamentsdienste erhalten, dass die Haltung von Stadt und Kanton nicht akzeptiert wird, wäre man mit Sicherheit nochmals über die Bücher gegangen. So aber bestand nicht der geringste Anlass, die Durchführung der Ausstellung in der Stadt Zürich nochmals in Erwägung zu ziehen. Um so erstaunter war das Präsidialdepartement denn auch, als es anlässlich der Eröffnung von den völlig aus der Luft gegriffenen Anschuldigungen seitens der Parlamentsdienste erfuhr.

Mitteilung an den Stadtpräsidenten, die übrigen Mitglieder des Stadtrates, den Stadtschreiber, den Rechtskonsulenten und den Gemeinderat.

Für getreuen Auszug
der Stadtschreiber